

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

V. b. b.

# Der Mahnruf

Kampfblatt der Werktätigen

Der „Mahnruf“ erscheint wöchentlich. Redaktion und Verwaltung: Graz, Elisabethergasse Nr. 20. Sprechstunden: täglich von 17 bis 19 Uhr. — Wiener Redaktion: Wien, XVIII., Bincengasse Nr. 24. Sprechstunden: Jeden Mittwoch von 5—10 Uhr abends Gasthaus Rinnicher, IX., Bazarethgasse 12. — Eingeladene Artikel müssen mit Name und Adresse gefertigt sein.

Graz Wien  
Februar 1929  
Nr. 6 3. Jahrg.

Bezugspreis: Im Normalabonnement mit Postfracht und jede Nummer mit 12 Groschen berechnet, im Straßensverkauf mit 15 Groschen. Das Vierteljahrsabonnement mit Postfracht beträgt S 1.40 Vierteljährliche Bezugsgebühr für Deutschland Mk. 80. Die Bezugspreise sind im vorstehenden in österreich. — Postsparkassen-Konto Nr. 69371

## Herunter mit den hohen Gehältern und Funktionsgebühren!

Die Gemeinde Graz gibt mehr als die Hälfte ihrer Ausgaben für Gehälter aus. Für die sozialen Ausgaben ist unter diesen Verhältnissen immer sehr wenig Geld übrig.

### Die Gemeindevorstände.

Sie bekommen in der niedersten Kategorie 9 S, in der höchsten 88 S monatlich. Den höchsten Gehalt bekommen nur die Ältesten über 80 Jahre. Ihr Leben ist schlechter als das eines Hundes.

Dafür sind bei der Gemeinde Beamte angestellt, deren Monatsgehalt 700 S übersteigt. So z. B. 31 juristische Angestellte, die im Jahre 287.300 S kosten.

Der Monatsgehalt eines juristischen Angestellten kommt demnach auf 770 S im Durchschnitt.

Es ist ein Verbrechen, solch hohe Gehälter auszugeben, während Hunderte hungern müssen. Es ist allgemein bekannt, daß noch dazu gerade die Arbeitsleistung dieser Beamten, die so enorm hohe Gehälter beziehen, sehr gering ist. Die Hauptlast der Arbeit ruht auf den minder entlohnten Beamten, die die Arbeitslast abgeben müssen.

### Die Bezüge der öffentlichen Funktionäre.

Die Gemeinde befolgt den Bürgermeister und drei Bürgermeister-Stellvertreter. (Zwei sind Sozialdemokraten, einer christlichsozial und einer großdeutsch), fünf Stadträte und sechs gemeinderätliche Wirtschaftsführer.

Der Bürgermeister bekommt 12 Mill. Kronen oder 1200 S monatlich, ein Bürgermeister Stellvertreter 8 Mill. im Monat.

Ein Gemeindevorstand bekommt in drei Jahren

nicht so viel. Ein Arbeitsloser in der 10. Lohnklasse muß mit diesem Betrag ein und einviertel Jahr leben. Insgesamt kosten die 15 besoldeten öffentlichen Funktionäre der Gemeinde im Jahre 108.200 S.

### Für die Arbeitslosen.

Die Gesamtausgaben für den Durchschnittsstand von 6000 Grazer Arbeitslosen wurden von den Gemeinderäten für das Jahr 1929 mit 110.000 S berechnet. Dieser Betrag enthält die Ausgaben für die Vorkunterfügungen, für die Kinderauspeisung, für die Osterrotation und für die Kohlenausgabe. Das alles zusammen kostet der Gemeinde kaum mehr als die 15 öffentlichen Funktionäre.

Der Bürgermeister erklärte jedesmal, wenn wir an die Gemeinde eine Forderung für die Arbeitslosen stellten: „Kein Geld!“ Die Herabsetzung der Funktionsgebühren um die Hälfte würde es allein schon möglich machen, daß die Arbeitslosen dreimal so viel Kohle erhalten könnten als bisher.

Unser Standpunkt ist: Öffentliche Funktionen, die einen gewählten Vertreter so in Anspruch nehmen, daß er keinem Verdienst nachgehen kann, müssen entlohnt werden, denn sonst könnten nur die Kapitalisten, die von der Ausbeutung der Arbeiter leben, solche Funktionen innehaben. So war es früher einmal; das wollen wir aber nicht mehr.

### Kein öffentlicher Funktionär darf aber mehr bekommen als ein qualifizierter manueller Arbeiter.

Diesen Grundsatz hat die Pariser Kommune 1871 aufgestellt, nach diesem Grundsatz wurde auch in Sowjetrußland, solange Lenin lebte, gehandelt. Und diesen Grundsatz vertreten alle Arbeiter und werktätigen Bauern und wir mit ihnen. Gegen ihn aber sind die Bürgerlichen und die sozialdem. Führer!

## Die Linken Kommunisten und die Grazer Gemeinderatswahlen.

Am 14. April finden in Graz die Gemeinderatswahlen statt. Das Proletariat der zweitgrößten Stadt Österreichs wird zur Wahl aufgerufen. Die Sozialdemokratie, die 48 Prozent der Grazer Wähler das letzte Mal aufbrachte, wird in diese Wahlen mit der Sturmparole ziehen: „Für eine rote Mehrheit im roten Graz!“

Der mächtige Wahlapparat der SP wird angelurbelt werden. In der Stadt, in der der Heimwehrfaschismus sein Hauptquartier aufgeschlagen hat, wird die SP die Massen zur „Abrechnung mit den Heimwehren“ aufrufen — Ihr versteht? — aufrufen mit dem Stimmzettel in der Hand zu kämpfen. „Wahltag ist Zahltag“ wie sie stets verkünden.

Für das revolutionäre Proletariat von Österreich sind diese Wahlen von großer Bedeutung. Denn am 14. April wird Österreich in Österreich zweitgrößter Stadt gehalten. Wo wagt sind die Massen, die den Heimwehren (in keinem Gebiet Österreichs sind die bürgerlichen Parteien so sehr identisch mit den Heimwehren wie in Graz und Innsbruck) folgen, wie groß sind die Massen, die der sozialdemokratischen Politik ihrer Kapitulation vor dem Herrschaftskommunismus, ihrer Zusammenarbeit mit Anarchisten, Anarchoschaft leisten, und wie viele sind es, die sich um das Banner des Klassenkampfes sammeln, das die Linken Kommunisten aufpflanzen haben. Am 14. April werden die Linken Kommunisten ihre revolutionären Arbeiterkandidaten, ihr Klassenkampfprogramm mit aller Schärfe den kleinbürgerlichen Demokraten der SP und ihrer Koalitions- und Kapitulationspolitik entgegenstellen.

Fast zwei Jahre ist es her, da haben wir Linken Kommunisten die Arbeiter von Österreich aufgerufen, am 24. April 1927 sozialdemokratisch zu wählen. Viele kommunistische Arbeiter haben damals diese Taktik nicht verstanden, haben geglaubt, daß wir die SP als das „kleinere Übel“ betrachteten. Im Gegenteil! Wir sagten Euch damals: „Ihr glaubt, wenn die SP noch stärker wird, noch mehr Mandate erhält, wird sie Eure Interessen besser vertreten? Ihr werdet Euch irren. Rein parlamentarischer Sieg der SP wird die Generaloffensive der Bourgeoisie aufhalten, wird sie an der Aufrichtung ihrer offenen Klassenherrschaft mit außerparlamentarischen Mitteln hindern.“ Mit unserer Hilfe ist die SP am 24. April gestürzt hervorgegangen. Und es ist gekommen. Wort für Wort, wie wir es der Arbeiterklasse vorangesagt haben. Es folgte der 15. Juli. Mit ihren Karabinern „konzentrierte“ die Bourgeoisie nicht nur ihre Wählerbedenken, sondern alle Jugendmänner, die sie seit 1918 der Arbeiterklasse gemacht hatte. Seit dem 15. Juli wird der bürgerliche Charakter der SP der Arbeiterklasse immer deutlicher bewußt. Das zu erreichen, was das Ziel unserer Wahltaktik vom 24. April 1927. Und dieses Ziel haben wir erreicht. Die Partei

## Um dreinschlagen zu können, die Rundgebung in letzter Minute verboten!

Das Arbeitslosenkomitee meldete für 2. Februar die Rundgebung am Freiheitsplatz und die Demonstration an. Einen Tag vor der Durchführung kam folgender Befehl:

### Au das Arbeitslosen-Komitee in Graz.

Sie haben mit einer bei der Polizeidirektion am 23. d. M. überreichten Eingabe für Samstag, den 2. Februar 1929, eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel am Freiheitsplatz mit der Tagesordnung: „Für allgemeine Unterstützungserhöhung, für den Abbau der Doppeldienstleistungen, für durchlaufende Brennstoßaushilfen und Pensionisten, für durchlaufende Brennstoßaushilfen über die Wintermonate“ und einen daran anschließenden Demonstrationenzug durch die Sporazza, Murazza, Kranzstraße und Volksgartenstraße zum Landplatz, zur Kneipe gebracht.

Diese Versammlung wird hiemit im Sinne des § 6, des Versammlungsgesetzes vom 15. 11. 1867,

N. O. Bl. Nr. 135 untersagt, weil ihre Abhaltung wegen zu befürchtender Ausdehnungen die öffentliche Sicherheit und das öffentliche Wohl gefährdet.

Der Polizeidirektor: Kunz.

Eine Deputation, bestehend aus Genossen Wagner, Pfneisl, Koch, Friedl protestierte gegen das Verbot. Polizeidirektor Kunz verhörrte die Arbeitslosen: „Sie würden sich ja bei einer Versammlung unter freiem Himmel verhalten oder erziehen.“ Die Deputation erklärte, durch das Verbot in letzter Minute sei offensichtlich die Absicht der Polizei erwiesen, mit den Arbeitslosen und Alterrentnern gewalttätig und bemußt einen Zusammenstoß zu provozieren. Die Arbeitslosen werden sich noch das Recht der Versammlungen unter freiem Himmel und das Recht auf Demonstrationen erzwingen.

SB seit dem 15. Juli, gegenüber dem Faschismus (Häftenberger Fall), gegenüber der Steuer-, Zoll- und Finanzpolitik der Bürgerblockregierung, gegenüber der Nationalisierungsoffensive der Unternehmer, was ist sie anders, als die eindrucksvollste Ausgabe einer liberalen Feindbildregie?

Wie sich diese Politik in der Gemeinde Graz auswirkt, darauf werden wir noch eingehend zu sprechen kommen. Wir linken Kommunisten gehen in den Wahlkampf ein Ziel klar vor Augen: die Aufstellung der Massen der Werktätigen zum außerparlamentarischen Widerstand gegen den Faschismus, gegen die Lebensmittelkürzung, gegen die Nationalisierungsoffensive, gegen die Bürgerblockregierung. Die Gemeinderatswahlen sind für uns nur Durchschau, wie tief unsere Repression in die Massen gedrungen sind. Eine Welle von Illusionen, von betrügerischen Versprechungen, wird von der SB auf das ganze Proletariat losgelassen worden. In dieser Zeit will sie die Stimme der Arbeiter in der Arbeiterklasse erdrücken, will sie noch einmal die Arbeiter an ihren Karten scheren. Wir sagen heute schon: wir werden den Kampf gerade gegen diese Breitungsoffensive der SB mit der äußersten, höchsten Schärfe führen. Selbstverständlich, mit offenem Bistur, mit einem klaren Kampfprogramm gehen wir an die Arbeit. Wir lehnen es ab, mit den Anhängern Stalin, mit den Subkonformisten zusammenzugehen. Nicht nur, daß sie zu einer einflussreichen Sekte verkommen sind. Adägen sie vor die Arbeiterschaft von Graz hintreten und das verteidigen, was jetzt in Rußland geschieht? Die revolutionären Arbeiter von Graz wissen: es gibt nur eine Gruppe, die den Klassenkampf auf ihre Fahnen geschrieben, den Kommunismus zu Ziel hat, die **Kommunistische Opposition (Linke Kommunisten)**.

### Die Kommunistische Opposition stellt zur Gemeinderatswahl eine eigene Liste auf.

Die Forderung sehr vieler Arbeiter, bei den Gemeinderatswahlen selbstständig zu kandidieren, wird erfüllt. Die Bezirksleitung hat beschlossen, an den Gemeinderatswahlen teilzunehmen.

An der Parteimitgliedschaft und an den Arbeitern, die zu uns stehen, liegt es nun, unter dem Proletariat so zu wirken, daß die Kommunistische Opposition im Gemeinderat vertreten sein muß.

Vor allem ist nun die Arbeiterschaft auf unsere selbstständige Kandidatur aufmerksam zu machen. Ferner ist vor Schwindelwahlen, die von den Sozialdemokraten werden mit dem Einschüchterungsversuch kommen, daß die für die Kommunistische Opposition abgegebenen Stimmen verloren sind, darauf niemanden darauf einzufallen. Die Kommunistische Opposition hat sich das Vertrauen breiterer Proletariatschichten erworben, um erfolgreich an der Wahl teilzunehmen.

### Die Ehrenpension einstimmig beschlossen.

Der Raterrat hat seine Zustimmung für die Ehrenpension einstimmig gegeben. Der größte und reichste Gutstreiber vom Bezirk bekommt nun vom Staat monatlich 10 Millionen Kronen Pension.

### 10.000 Schilling Monatspension.

Der Direktor des Reichsbros der Bodenkreditanstalt wurde mit einer Pension von 10.000 Schilling, das sind 100 Millionen Kronen, in den Ruhestand versetzt. Außerdem bekam er eine Abfertigung von 300.000 Schilling. Die Bodenkredit-Anstalt gehört zu den größten Banken Österreichs, in deren Besitz viele Großbetriebe stehen. Aus dem Hunger der Arbeiter entstehen diese phantastischen Gehälter und Pensionen.

# Schafft Mittel zum Kampf!

Die Proletariat glauben noch, in den Parlamenten, Landtagen und Gemeinderäten den Kampf für ihre Interessen erfolgreich austragen zu können. Sie werden aber schon noch zur Übergangung kommen, daß sie auf diesem Boden nicht stehen. Die oppositionellen Kommunisten müssen aber trotzdem auch in diesen Vertretungsorganen den Kampf für die Interessen des Proletariats aufnehmen.

**Wir nehmen deshalb an der Wahl für den Grazer Gemeinderat im April teil.**

Die Teilnahme erfordert große finanzielle Mittel für Flugzettel, für Veranmerkungen, für Stimmzettel und so weiter. Die bürgerlichen Parteien finanzieren ihren Wahlkampf durch Zuschüsse der Unternehmer und Banken. Die Sozialdemokraten haben in der Partei, in der Gewerkschaft, im Landtag, im Raterrat und in der Gemeinde als Bürgermeister und Stadträte einen Kassenstab äußerst gut befohlener

Angestellten und Funktionäre, von denen die Partei die Mittel bekommt.

Wir oppositionellen Kommunisten sind einzig und allein auf den Opferwillen der Mitglieder und der klassenbewußten Arbeiter, die zu uns stehen, angewiesen. Der Appell an die Solidarität der Proletariat ist die einzige Möglichkeit für uns, Mittel zum Kampfe zu erhalten.

### In den nächsten Tagen werden unsere Wahlsondblock zur Finanzierung der Wahl

überall in Umlauf gesetzt werden. Tragt alle etwas bei, um erfolgreich bei diesen Wahlen eingreifen zu können.

### Kommunistische Opposition, Bezirksleitung Graz.

Wahlsondblock können im Sekretariat Graz, Elisabethengasse Nr. 20, besorgt werden.

## Rüdl berichtigt wieder!

In einem „Die Antwort auf Rüdl's Berichtung“ behandelten Artikel in Ihrem Blatte „Der Arbeiter“, Nr. 2, 3. Jahrgang vom Jänner 1929, auf Seite 2, heißt es:

„Am 11. März 1928, rettete Sie nur das sehr entchiedene Eingreifen des Herrn Bürgermeisters Birngang Mutschlitz vor einem katastrophalen Sturz, da er alles aufbot, um den bereits gegen Sie vorliegenden Misstrauensantrag zu verhindern. Unser bewährter Glaube an politische Anhänglichkeit, an Festhalten von Männern und an Objektivität kam uns in der Folge teuer zu stehen. Beweisen Sie uns hier die Unwahrheit!“ Sie in diesen Sätzen ausgesprochene Behauptung, daß mich am 11. März 1928, nur das sehr entchiedene Eingreifen des Herrn Bürgermeisters Birngang Mutschlitz vor einem katastrophalen Sturz rettete, ist unwar. Wahr dagegen ist, daß der damals anhänglich gegen mich vorliegende Misstrauensantrag der ehemaligen Ortsgruppe Graz, Burgasse 4 des Landesverbandes der Kriegsheilbedürftigen, Kriegswunden und Waisen Streikrats für mich keinen katastrophalen Sturz zur Folge gehabt hätte, vor dem ich gerettet zu werden brauchte. Wahr dagegen ist, daß das Jahr 1928 ein entchiedenes Eingreifen des Herrn Bürgermeisters Birngang Mutschlitz nicht der Rettung meiner Person galt, sondern der Sorge um die bedrückte Gemiselt der Grazer Kriegsooper.

Weiters heißt es in dem obzitierten Artikel: „Sie sprechen weiter von dem freien! Wünsche der Delegierten, dem Sie Ihre einstimmige Wiederwahl am Delegiertenkongress am 19. November verankerten. Wie frei dieser Wunsch war, wissen Sie am besten, da der politische Druck in den oberösterreichischen und mittelfränkischen Industriegebieten mehrere Monate vorher so ausgiebig angewandt wurde, daß ein Widerstand bei dem um ihr Brot besorgten Invaliden nicht zu fürchten war. Trotz dieser Vorbereitung mit den schwierigsten Verhältnissen jammerten 35 Delegierte gegen Sie. Bei Ihnen heißt so etwas einstimmige Wahl. Ihre famose Geschäftsordnung, die auf diesem Delegiertenkongress beschlossen wurde und den Ortsgruppen nebst dem Hauptvorstand und Fußstellen anlegt, veröffentlichen wir nächstens. Der Entwurf macht sie zum Maßstab der herrlichen Kriegsooper, das gleiche gilt von der Statutenänderung.“ Die in diesen Sätzen ausgesprochenen Behauptungen, daß in den ober- und mittelfränkischen Industriegebieten mehrere Monate vorher dem Delegiertenkongress ein politischer Druck so ausgiebig angewandt wurde, daß ein Widerstand bei dem um ihr Brot besorgten Invaliden gegen meine Wiederwahl nicht zu fürchten war, daß diese Wiederwahl mit schwierigsten Verhältnissen vorbereitet worden ist, daß 35 Delegierte gegen mich gestimmt haben, und daß so etwas bei mir einstimmige Wahl heißt, sind unwar. Wahr dagegen ist, daß in den ober- und mittelfränkischen Industriegebieten kein politischer Druck angewandt wurde, um einen etwaigen Widerstand der um ihr Brot besorgten Invaliden gegen meine Wiederwahl zu brechen, wahr dagegen ist, daß meine Wiederwahl nicht irgendwie vorbereitet worden ist, wahr dagegen ist, daß 19 Delegierte gegen mich und 152 für mich gestimmt haben, und wahr dagegen ist, daß bei mir so etwas nicht einstimmige Wahl heißt.

Weiters heißt es in dem obzitierten Artikel: „Der Ausdruck „Mogeler“, bei Ihrem schwunghaften Handel mit Sachdemobilisierungsgütern paßt Ihnen

nicht. Sagen wir also: „Sie verkaufen sehr gewinnbringend“. Die in diesem Satz ausgesprochenen Behauptungen, daß ich mit Sachdemobilisierungsgütern einen schwunghaften Handel betreiben habe, daß ich sehr gewinnbringend Sachdemobilisierungsgüter verkaufe, sind unwar. Wahr dagegen ist, daß ich mit Sachdemobilisierungsgütern niemals einen Handel, geschweige dann einen schwunghaften Handel betrieben habe; wahr dagegen ist, daß ich Sachdemobilisierungsgüter niemals, geschweige dann sehr gewinnbringend verkaufe.

Weiter heißt es in dem obzitierten Artikel:

Sie sind am Papiere Demokrat, also ein Befürworter der Theorie, daß auch das Volk zur Herrschaft berufen sei. In Ihrer Praxis den Invaliden gegenüber sind Sie jedoch Autokrat, ein Mensch, der keinen anderen Willen neben sich gelten läßt, als den eigenen. Das beweist Ihre Geschäftsordnung im Landesverband, das Ihre Statutenänderung, aus denen Ihre demokratische Auffassung klar erkennbar ist. In dem Schlußsatz Ihrer Berichtigung, in der Sie von dem obdachlosen Invaliden in Ihrem Wohnungsheim sprechen, geben Sie nur zu, was wir behaupteten. Ihre Mitglieder werden freiwillig weiter dort verbleiben können. Ihr Grall und ihre menschenfreundliche Rändigung richtete sich ja in der Tat nur gegen Mitglieder der Saiselgruppe, denen Sie nicht nur ihr Geld, sondern nun auch das Obdach nehmen. So sieht ein Invalidenführer aus, viel mehr, so muß er schließlich aussehen, damit ihm nicht zugleich mit der Obmannschaft auch alle festen Pfänder zum Teufel gehen.“ Die in diesen Sätzen ausgesprochenen Behauptungen, daß ich nur am Papiere Demokrat, in der Praxis den Invaliden gegenüber jedoch Autokrat bin, also ein Mensch, der keinen anderen Willen neben sich gelten läßt als den eigenen, daß ich im Landesverband eine Geschäftsordnung habe, daß ich dem Landesverband Statutenänderungen aufgezwungen habe, die meine undemokratische Auffassung beweisen, sind unwar. Wahr dagegen ist, daß ich in demokratischer Weise den Willen anderer und vor allem den Willen der Mehrheit gelten lasse und den eigenen diesem unterordne. Wahr dagegen ist, daß ich im Landesverband keine Geschäftsordnung habe, daß es dort nur eine, und zwar die vom Landesverbands-Ausschuß beschlossene Geschäftsordnung gibt; wahr ist dagegen, daß ich keine Statutenänderungen verfolge, sondern solche nur vom Delegiertenkongress mit zwei Dritteln Mehrheit beschlossen werden können.

Unwar ist weiters die Behauptung, daß ich in dem Schlußsatz meiner Berichtigung zugegeben habe, was Ihr Blatt behauptet. Wahr dagegen ist, daß ich in dem Schlußsatz meiner Berichtigung, das, was Ihr Blatt behauptet, als Unwahrheit bezeichnet habe. Unwar ist weiters die Behauptung, daß ich Mitglieder der Saiselgruppe nicht nur ihr Geld, sondern auch das Obdach nehme. Wahr dagegen ist, daß ich Mitgliedern der von Ihrem Blatte als Saiselgruppe bezeichneten österreichischen Landesvereinigung der Kriegsheilbedürftigen, Waisen und Waisen weder ihr Geld nehme, noch irgendein von diesen rechtlich zu beanspruchendes Obdach nehme.

### Eugene Rüdl

Obmann des Landesverbandes der Kriegsheilbedürftigen, Kriegswunden und -Waisen Steiermarks, Graz, Humboldtstraße 48.

Nach dem Vorhergehenden muß jede Verächtung schrafft werden, wenn auch das, was sie als unwar hinstellt, wahr ist. Das sagt unseren Lesern alles.

### Die russische Revolution am Scheideweg.

Ausnahmestadium in Rußland! Die Gefängnisse sind mit oppositionellen, bolschewistischen Arbeitern überfüllt. Die GPU (Vollrussische Polizei) verhaftet.

Überall. In Wohnungen, Betrieben, auf der Straße: das Demagogentum blüht wie unter dem Parakaus. In den Gefängnissen wird gefoltert und geprügelt. „Wo habt Ihr Eure Druckerrien?“ „Wer gehört zur Opposition, zur Leitung, zu Deiner Gruppe?“ Die Gefangenen, bolschewistischen Arbeiter schweigen verächtlich auf die Fragen der schmutzigen GPU-Beamten, dieser ehemals weißgardistischen oder menschowistischen Elemente. Man pfercht die Gefangenen mit Mördern, Nesppekulanten zusammen, man speert bolschewistische Studenten, revolutionäre Parteiarbeiterinnen mit Prostituierten in stidige Zellen des Butylki-Gefängnisses. Ihre Proteste verhallen. Für Oppositionelle gibt es keine Rechte der politischen Gefangenen, wie für Menschewiki und Weißgardisten. Sie sind schußlos, vogelfrei. Treten sie in Hungerstreik — man läßt sie verhungern wie Butoff. Protestieren sie energisch, so prägelt man sie zu Tod, wie den Metallarbeiter Genrichen in Leningrad.

So ergeht es unseren heldenhaften Genossen in Rußland, so ergeht es der Elite des revolutionären Proletariats, den tausenden Leninisten-Bolschewisten, der Trotzky Opposition!

Aber wer nur die Verfolgungen der revolutionären Vorhut, wer nur die schamlosen Gewaltakte der GPU, den Vernichtungsfeldzug des Stalinschen Regimes sieht, der sieht zwar mehr wie die blind gemachten Stalingläubigen kommunistischen Arbeiter in Europa, aber er sieht nur die eine Seite der Prozesse, die sich gegenwärtig in rascherem Tempo in Rußland abspielen.

Die Verhängung des Ausnahmestandes, die Ausflucht der GPU mit allen Vollmachten zur Vernichtung der Opposition ist nur das Verzweiflungsmittel, zu dem das wankende, innerlich bankrotte Stalinsregime greift. Die „totgesagte“ Opposition hat mächtiger denn je zuvor ihr Haupt erhoben. In den Großbetrieben von Moskau, Leningrad, Charkow, Kiew, Odessa usw. sammeln sich die Arbeiter, die noch vor einem Jahr passiv der parteipolitischen Anti-Trotzky-Kampagne gegenüberstanden, um die wirtschaftlichen Karolen der oppositionellen Arbeiter. Die Opposition ist zur politischen Offensive übergegangen. Sie hat die Forderung „Geheimes Wahlrecht“ bei allen Partei-, Betriebs-, Gewerkschafts- und Sowjetwahlen aufgestellt.

Die Erfahrungen des letzten Jahres haben der Opposition Recht gegeben. Die Gefahren, vor denen sie warnte, sind ausnahmslos eingetreten, insbesondere die Reichsgefahr, das Herausbilden eines offen bürgerlichen Flügels in der Partei. So hat es die Opposition vermocht, breite Schichten der Arbeiter-Kommunisten in den Betrieben um ihr Banner zu sammeln. Die Unzufriedenheit der Arbeiter schlägt nicht mehr, wie 1923—27, in Passivität um, sondern in aktive, klassenbewußte Gegenwehr.

Das Stalinsche Regime, ausgehöhlt von den thermidorianischen Maulwürfen, erzittert unter den Wellenbewegungen der aufsteigenden Arbeiteropposition in der Partei, den Betrieben, den Gewerkschaften. Die Furcht des Stalinsregimes vor der aufsteigenden, oppositionellen Massenbewegung ist die Mutter der neuen Gewaltakte, des Ausnahmestandes!

Das Stalinsche Regime hätte niemals seine Politik der Liquidierung der proletarischen Diktatur durchzuführen können, wenn es ihm nicht gelungen wäre, einen großen Teil des Arbeiterkerns in der Partei planmäßig zu täuschen. Diese Täuschung der Arbeiter ist der Faden, an dem das ganze Stalinsche Regime hängt.

Diesen Arbeiterkern zum Bewußtsein seiner Lage, zur Selbstbestimmung zu bringen, darauf wurde mit

ganzer Kraft die Arbeit der Opposition konzentriert. Denn einzig und allein auf diesem Weg kann die russische Revolution gerettet werden. Wir haben bereits vor einem Jahre in den Thezen über die russische Revolution die damalige Lage in Rußland mit den Worten skizziert: „Der gegenwärtige Zustand des Überganges zeigt deutlich Anlässe einer Doppelregierung.“ Diese Anlässe haben sich im letzten Jahre rapid entwickelt. Wohl hat die Bourgeoisie noch nicht die Macht, aber das Proletariat hat sie auch nicht mehr.

Trotsky schreibt darüber in einem seiner letzten Columnette: „Was haben wir in Wirklichkeit? Wir haben einen weitvorgehenden Prozeß der Doppelherrschaft im Lande. Ist die Macht in die Hände der Bourgeoisie übergegangen? Es versteht sich von selbst, daß sie es nicht. Ist die Macht den Händen

des Proletariats entfallen? Gewissermaßen im bedeutenden Maße, aber noch nicht im entscheidenden Maße. Hieraus erklärt sich auch der ungeborene Bruch des bürokratischen Apparates, der zwischen den Klassen lauiert.“ — Und Trotsky kommt zu dem Resultat: „Der Zustand der sich entwickelnden Doppelherrschaft ist seinem Wesen nach unbeständig und muß sich früher oder später nach der einen oder der anderen Seite hin entscheiden. Aber so wie die Dinge heute liegen, könnte die Bourgeoisie nur auf dem Wege der konterrevolutionären Erschütterungen die Macht erlangen. Das Proletariat jedoch kann die gesamte Macht wieder erlangen, die Bürokratie sich unterwerfen auf dem Wege der Partei- und Sowjetreformen. Das ist die Grundcharakteristik der jetzigen Lage.“ (Schluß folgt.)

## Abrechnung mit den Hintelen-Sozialisten!

**Gewerkschaftsbürokratie und „Arbeiterwille“ greifen die linken Kommunisten an.**

Die „Landesexekutive Steiermark des Bundes der freien Gewerkschaften Österreichs“ hat gemeinsam mit den freigewerkschaftlichen Arbeitslosenaussschuß ein „Manifest“ an die Arbeitslosen erlassen, das ausschließlich Schimpfworte und Verleumdungen über die Kommunisten, vor allem über uns Linken, enthält. Der Zweck des Flugblattes ist ja sonnenklar — den Arbeitslosen, die in schweren Kampf stehen, in den Rücken zu fallen.

Die Herren belieben uns in dieser Subdskription als „Schwächköpfe“ zu bezeichnen. In einer gewissen Beziehung haben sie nicht so Unrecht. Bekanntlich hat die bürgerliche Klasse für die Arbeitslosen nur den verächtlichen Ausdruck „arbeitslos“, bekanntlich sieht die Bourgeoisie in jedem, der es „zu nichts gebracht hat“, einen „Lebensuntüchtigen“. Dimalts fragen uns sozialdemokratische Funktionäre, die unseren Jahre:angen, epervollen Kampf kennen: „Was habt Ihr davon? Was trägt die Sache“ und sie schütteln den Kopf, wenn wir antworten: „Wir haben die Genugtuung, daß die Gedanken des revolutionären Klassenkampfes langsam in der Arbeiterklasse Fuß fassen. Persönlich haben wir nichts als Arbeit und Sorgen von unserer Parteiarbeit.“

Ja, Ihr Herren, die Ihr lieber Hintelen zur Macht geholfen, als den Arbeitslosen zu ihrem Recht in dem Sinn, daß wir keinen persönlichen Vorteil aus unserer proletarischen Arbeit haben, sind wir — jeder Bourgeois wird es befähigen — Schwächköpfe.

Die Schwächköpfe sind arbeitslos, laufen losgeratet mit unserem „Mahrnuf“, helfen den Arbeitslosen, den Ausgeheuerteten, den Arbeiter im Betrieb, werfen uns der Heimwehr entgegen. Und schreiben des nachts, bei Petroleumlicht, unsere Zeitung.

Ihr Schwächköpfe seid hohe Wildentzäger in Stadt und Land, Eure Parteiführer wie Eisler sind

Die Advokaten der Landesregierung, Ihr helft zwar nicht den Arbeitern und Arbeitslosen, aber Euch selbst. Ihr schließt Euren Frieden mit den Feindwehren (Stättenberger Post). Ihr arbeitet im Gemeinderat trüderlich mit den Feindwehparteien.

Zwischen Euch und uns liegt ein Abgrund, der Abgrund nämlich, der den „schwächköpfigen“ Arbeiter-Bourgeois von dem „schwächköpfigen“, ausgebeutelten Proleten trennt.

Gleichzeitig mit dem Angriff der Gewerkschaftsbürokratie bringen die Hintelen vom „Arbeiterwille“ einen Artikel des Renegaten Wolfgang Bartels, der den Leninbund verließ. Was Bartels dort über die inneren Vorgänge im Leninbund aus der letzten Zeit mitteilt, dazu werden wohl unsere deutschen Genossen selbst Stellung nehmen.

Wir haben dazu nur folgendes zu bemerken: Abzusehen davon, daß der Renegat Bartels aus dem Leninbund austrat, weil ihm seine Gehaltskürzung verweigert wurde, haben gerade wir Linken Kommunisten in Österreich schon Monate vorher (Nov. 1927) vor den sozialdemokratischen Gehaltensängern gewarnt, die Bartels, vor allem in der russischen Frage, entwickelte. Die Genossen vom Leninbund verabüamten es leider, Bartels rechtzeitig den Fußtritt zu geben, seine liquidatorischen Auffassungen öffentlich zu brandmarken.

Wenn der „Arbeiterwille“ glaubt, er könne durch den Abbruch von Renegaten-Artikeln der kommunistischen Opposition Abbruch tun, so irrt er sich. Unser Kampf geht nicht seit heute, sondern seit 1923. Die revolutionären Arbeiter aber von Graz werden ja am 14. April die Antwort geben, wo sie stehen: auf den Boden des Hintelen-Sozialismus, des Eislers, Müllers usw. oder auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes.

### Die Sympathie der Bürgerlichen für Stalin und ihr Haß gegen Trotzky.

Die deutschnationale Zeitung „Hamburger Nachrichten“ schrieb am 25. Jänner:

„Mag auch die Gruppe der Anhängerstaltins zahlenmäßig nicht groß sein, das von ihr versprochene Gift gegen Stalin und seine Anhänger tut doch seine Wirkung. Es rüdt sich heute der Fehler Stalins, daß er Trotzky, Kadel und ihre Anhänger nicht kurzerhand nach der üblichen Methode ins Jenseits beförderte.“

Die Bürgerlichen fordern damit die Ermordung Trotzky's. Das Proletariat muß sich für die Befolgten einsetzen.

Verbreitet den „Mahrnuf“!

### Achtung, Grazer Wähler!

Vom 1. Februar bis 14. Februar liegen im Amtshaus, Hauptaufgang, 2. Stad. Zimmer 136, die Wählerverzeichnisse auf. In diese kann Sonntag von 8 bis 12 Uhr, an Wochentagen von 8 bis 14 Uhr Einsicht genommen werden. Wir raten allen Wahlberechtigten, besonders den im Jahre 1908 Geborenen, die heuer zum erstenmale in die Wählerverzeichnisse einzutreiben waren, Nachschau zu halten, ob sie wohl eingetragen sind.

### Uman-Ullah im Vorwärts.

Uman-Ullah marschiert mit seinen Truppen gegen Kabul. Die englische Gesandtschaft ist geflüchtet. Man rechnet, daß er in kürzester Zeit die Araber gegen ihn niedergeschlagen haben wird.

### Forderungen der Arbeitslosen an die Gemeinde.

Die unterfertigten Genossen verlangten in der vorigen Woche eine Aussprache mit Bürgermeister Ruchitsch. Die Genossen wurden nicht vorgelassen. Der Herr Bürgermeister hatte keine Zeit. Für eine bürgerliche Größe hätte er sicher Zeit gehabt. Folgendes Schreiben wurde darauf an den Stadtrat abgesandt:

An den Stadtrat von Graz!

Unterfertigte Deputation stellt im Auftrage der Arbeitslosenversammlung, die am 10. Jänner in den Sandwirtstälchen stattfand, an die Gemeinde Graz die Forderung:

1. Sofort eine neuerliche Kohlenausgabe an alle Arbeitslosen, Altersrentner, Pfändner und Ausgesteuerten im selben Ausmaße wie zu Weihnachten durchzuführen.
2. Allen Arbeitslosen, die nicht imstande sind, versetzte Pfänder auszulösen, diese zinsfrei bis zur Wiedererlangung eines Erwerbes zu verlängern.
3. Die Pfändnerunterstützung, die gegenwärtig nur 15 bis 20 S monatlich beträgt, auf das Ausmaß der Arbeitslosenunterstützung zu erhöhen.
4. Den von der Gemeinde beim Arbeitslosen nachweis angeforderten Schneeschaufern eine Nachtzulage in der Höhe von 50 Proz. und einen Stundenlohn von 1 S für Tagelöhner zu gewähren.

Die Deputation fordert, über diese Forderungen ehestens zu einer Aussprache verständigt zu werden. Pfeißl Alb., Koch Anton, Wagner Alb., Friedl Wilh.

Die Gemeinderäte aller Parteien werden diese Forderungen aus freien Stücken nicht erfüllen, obwohl sie äußerst minimal und durchaus erfüllbar sind. Höchstens daß sich die Sozialdemokraten aus wohlthätigen Gründen zum Teil für eine oder die andere Forderung einsetzen. Die Arbeitslosen werden auf ihre Erfüllung beharren.

### Mintelens Antwort auf die Forderungen der Arbeitslosen.

Die Deputation, die bei der Gemeinde war, übertrug am 31. Jänner in einer Aussprache dem Landeshauptmann Mintelen die Forderungen der Arbeitslosen nach einer weiteren Brennstoffaushilfe und Erhöhung der Pfändnerunterstützung. Mintelen verschonte sich hinter der Bedeckungsfrage. Genosse Wagner erbot, Bedeckungsvorschläge zu bringen. Genosse Pfeißl stellte an Mintelen die Frage, ob er sich persönlich für die Forderungen einziehen wolle. Mintelen kniff aus. Er meinte, die Entscheidung der Landesregierung überlassen zu müssen, die in der Sitzung am 1. Februar darüber beraten wird. Bei den Sozialdemokraten liegt nun die Entscheidung. Die sozialdem. Fraktion ist in der 84teiligen Landesregierung 4 Mann stark. Lehnt die Landesregierung die Erfüllung der minimalen Forderungen ab, so ist das ein Zeichen, daß sich die sozialdem. Landesregierungsglieder für die Arbeitslosen nicht dementsprechend eingesetzt haben. Dann werden die Arbeitslosen den Kampf für ihre Forderungen verstärkt fortsetzen müssen.

### Der christliche Parteiführer Runschak bekämpft die faschistischen Absichten der Heimwehr.

In der Generalsammlung des Christlichen Arbeitervereines erklärte Runschak in Bezug auf das Verhältnis des „Freiheitsbundes“ (Das ist die Wehrorganisation der Christlichsozialen, die heute der Heimwehr angeschlossen ist. Die Ad.) zur Heimwehr: „Jeder Versuch, an Stelle des marxistischen Terrors der Diktaturgaskisten einzelner Pölpel in der Heimwehrorganisation dienstbar zu sein, wird den „Freiheitsbund“ in der Abwehrfront finden.“ Weiter sagte er:

## Erklärung an den 6. Weltkongreß der Komintern.

Von Leo Trotzky.

(10. Fortsetzung.)

Diese Erklärung war und bleibt keine leere Formalität. Sie bildet den Ausdruck des ganzen Wesens der Sache. Um so unwürdiger und weniger am Plage diese auch nach dem 15. Parteitage, trotz ihrer Erklärung, sich bereitwillig den Beschlüssen der Partei zu fügen, ihre fraktionelle Arbeit nicht eingestellt habe, sondern weiterführte. Wir haben diese Verpflichtung dem Parteitag abgeben in der Annahme, daß wir in der Partei bleiben können und in deren Reihen für unsere Anschauungen kämpfen können. Anderenfalls hätte diese Verpflichtung einen Verzicht auf die politische Tätigkeit überhaupt, d. h. also auf jeden Dienst gegenüber der Partei und der internationalen Revolution bedeutet. Einen derartigen Verzicht von einem Revolutionär zu fordern, könnte nur ein von Grund auf entartetes Bürokratenum. Und nur ganz verächtliche Renegaten könnten eine derartige Verpflichtung eingehen. Bei einer solchen prinzipiellen Einstellung können wir selbstverständlich nichts gemein mit der Politik jener sogenannten Leninisten haben, welche versuchen, die Partei zu überlisten, mit dem Klassenkampf Diplomatie zu treiben und mit der Geschichte Blindeluh zu spielen. Sie erkennen nach außen hin ihre Fehler an, während sie stillschweigend predigen, daß sie doch recht hatten. Sie konstruieren das Mythos vom „Trotzkismus“, sie liquidieren ihn, um ihn immer wieder neu entstehen zu lassen. Mit einem Worte, sie führen innerhalb der Partei eine

Politik des Friedens von „Brest-Litowsk“ durch. Mit anderen Worten, ihre Kapitulation ist vorübergehend und unaufrechtlich in der Erwartung einer Revanche, was nur gegenüber einem Klassenfeind zulässig ist. Ihre Politik ist also gegenüber der eigenen Partei durch und durch abenteuerrisch und unehelich. Wir verachten jene byzantinische Väterphilosophie, die da sagt, daß eine Anerkennung der Parteieinheit in der Epoche der Diktatur des Proletariats, einen Verzicht auf jene Anschauungen, oder auf die Verteidigung jener Anschauungen voraussetzt, welche die gegenwärtige Leitung in der Furcht für ihr Prestige für unzulässig erklärt und sogar mit allen Mitteln der Staatsmacht verfolgt.

Wir würden uns selbst für verbrecherisch halten, wenn der schwere Parteikampf, den wir im Laufe der letzten 15 Jahre geführt haben, von uns im Namen solcher billiger Anschauungen geführt worden wäre, auf die man auf Kommando oder aus Furcht vor dem Ausschluß aus der Partei sofort wieder verzichten könnte. Der Kampf in der Partei ist untrennbar von dem Kampfe für eine richtige politische Linie. Verächtlich ist jenes Parteimitglied, das wegen der Gefahr des vorübergehenden Verlustes der Parteimitgliedschaft, obwohl dieser Verlust sehr schwerwiegend ist, die Verpflichtung, für die wichtigsten Traditionen der Partei und für deren Zukunft zu kämpfen aufgibt.

(Fortsetzung folgt.)

„Die Heimwehrebewegung nimmt da und dort eine Entwicklung, die sie als eine Gefahr für das parlamentarische System erscheinen läßt.“

Aus Runschak spricht hier die Mißstimmung der christlichen Arbeiter, die zur Heimwehr gepreßt, dem Faschismus keine Handlangerdienste leisten wollen.

### Die Kunzepolizei praktiziert balkanische Schwindelanzeigen.

Die politische Abteilung, die Grazer Polizei, sucht schon „Verschwörungen oder Aufstände“ zu entdecken, um sich Lorbeeren bei Seipel und Schöber einzuharfen. Da gegenwärtig nichts zu entdecken ist, konstruiert man künstliche „Staatsfeindliche Aktionen“. Die Gen. Pfeißl und Wagner wurden beschuldigt, beim Brigadekommando Graz ein Flugblatt verbreitet zu haben, das sich gegen den Heimwehfaschismus richtet und worin verschiedene Namen von Offizieren genannt werden, die mit der Heimwehr verfilzt sind. Der Oberst Stämpel brachte eine sehr stümperhafte Anzeige über das im Brigadekommando „aufgefundene Flugblatt“. Die Gen. Pfeißl und Wagner überwiegen die Polizei und Herrn Stämpel der Lage, da das angebliche Flugblatt in Wirklichkeit ein Rundschreiben an die Betriebsräte war, das von der Polizei bei der Hausdurchsuchung am 6. Oktober im Redaktionsraum des „Mahnruf“ beschlagnahmt wurde. Herr Hugo Särger hatte aber in seiner Weisheit vergessen auch die Rückseite des beschlagnahmten Rundschreibens zu betrachten, denn dort war ein Vermerk „Archiv“. Damit war klar bewiesen, daß die Kunzepolizei das unterschlagene oder besser gesagt gestohlene Rundschreiben dem Brigadekommando untergehoben hat, um einen Anschlag gegen die Wehrmacht Bauginis zu konstruieren. Der Staatsanwalt machte große Augen, als er den Vermerk „Archiv“ sah. Um die Blamage der Grazer Polizeidirektion zu verdecken, verurteilte der Richter Dr. Terul die Gen. Pfeißl und Wagner zu 10 S Geldbuße oder 24 Stunden Arrest wegen Übertretung des Pressegesetzes.

### Die Arzneien werden teurer.

Die Apotheker haben eine Preiserhöhung für die Arzneimittel angefordert. Der christlichsoziale Bun-

desminister für soziale Fürsorge hat seine Zustimmung gegeben. Die Krankenkassen haben erklärt, sie müssen nun den Bedarf an Medikamenten einschränken. Die Krankenkassenmitglieder haben bisher qualitativ gute Medikamente nicht verschrieben bekommen, jetzt wird es noch schlechter werden.

### Stalin beteiligt sich an der Nobile-Untersuchungskomdie.

Der Nobileskandal ist allen noch in Erinnerung. Mussolini setzte zum Schein eine Untersuchungskommission ein. Er lud den Flieger Tichonowsky, den Leiter des „Kraffin“ Samoilowitsch und den Arzt Srodnowsky als Zeugen ein. Die drei sind tatsächlich nach Rom abgereist, anstatt der Untersuchungskomdie Mussolinis offen das Mißtrauen auszusprechen.

**Hungernot** ist in Kaukasien infolge des strengen Winters eingetreten. Die verschneiten Berge erschweren die Lebensmittelzufuhr.

**Zu Tode gemartert.** In Warschau hat der Direktor einer Besserungsanstalt Jugendliche so geschlagen, daß 20 an den Verletzungen starben.

**Tagungsversammlung.** Auf der Strecke Plassau-Regensburg fuhr ein D-Zug auf einen Güterzug. 4 Personen, darunter der Pflanzingenieur Mauerer aus Rappersberg, wurden getötet, 6 verletzt.

**Warenhaus Tsch.** Das größte Berlins, ist vollständig abgebrannt. Ein Löschen war vollkommen unanständig, die Feuerwehr mußte sich auf den Schutz der umliegenden Gebäude beschränken.

**Wer ist kraubar?** In Preßburg wurde ein 12 Jahre altes Mädchen Mutiliert. Sie hatte mit ihrem eigenen Vater Verkehrt. Die Untersuchung ergab, daß die ganze Familie nur einen Raum zur Verfügung hatte, in dem sogar noch eine zweite Familie wohnte. So treibt die kapitalistische Gesellschaftsordnung Proletarier ins Verbrechen.

### Preßfond-Ausweis:

Allen Verfolgungen zum Trotz.  
Januar S — 08 Cigel — 50, P. A. — 52, Mandl H — 60, Erumwer Jos. — 20, Timmischl 1 —, Suppan — 52, Monz Alois — 52, Reich T. 1 —, Thaller — 22, Voltberg 1 —, Wandt — 10, Gröner — 10, Rechenberg — 10, Planz Alb. 2 —, Erdan — 32, Giesner — 40, Kollatitsch 1, 42, Landau — 40, Lutsch M. — 50, Pöchner — 60, M. H. — 50, Juma 10, 55, Bloy — 40, Juma 2, 38, Taufberg — 50, Stocker — 40, M. H. K. 1 —, Purlattinger — 54, Cigel — 36.